

Hintergrundpapier

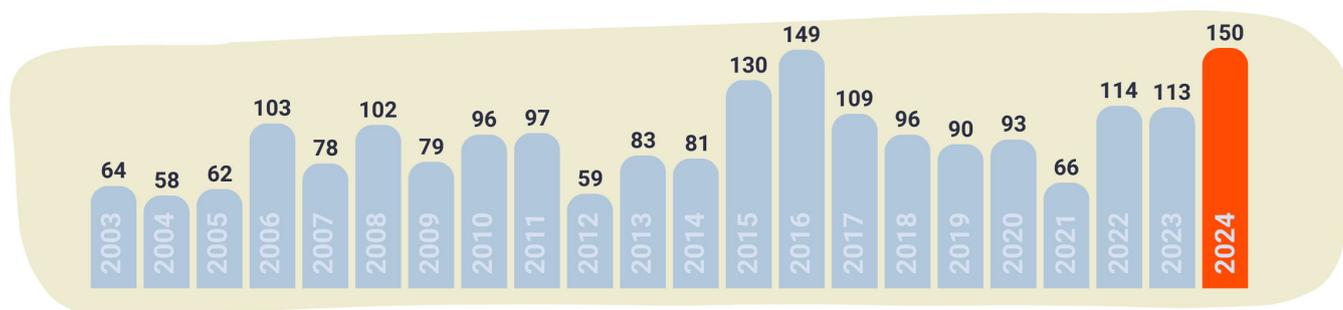
Überblick

Für das Jahr 2024 erfasste die LOBBI 150 rechtsmotivierte Angriffe. Das ist nicht nur ein massiver Anstieg gegenüber 2023 mit noch 113 Angriffen. Es ist auch die höchste Angriffszahl seit Beginn des Monitorings, 2003. War der bisherige Höchststand 2016 noch mit einer massiven rassistischen Mobilisierung der extremen Rechten, die Täter:innen zur Gewalt ermutigt hat, zu erklären, so ist der rassistische Diskurs nunmehr Normalzustand geworden, der die rechte Szene immer selbstbewusster und brutaler agieren lässt - auch im Windschatten extrem rechter Wahlerfolge und deren Relativierung.

Die LOBBI registrierte mehrere, das Leben der Betroffenen gefährdende Angriffe, darunter gefährliche Körperverletzungen und eine versuchte Tötung unter Einsatz von Messern, einen Angriff mit schwer ätzender Schwefelsäure, sowie drei Brandstiftungen.

Das Hauptmotiv der Gewalt bleibt nach wie vor Rassismus, ein massiver Anstieg ist jedoch bei der Gewalt gegen politische Gegner:innen und Angehörige der LGBTQIA+-Community zu verzeichnen. Sie waren besonders im Fokus rechter Mobilisierungskampagnen.

Kinder und Jugendliche sind immer häufiger von rechten Angriffen betroffen. Rassismus ist dabei die eskalierende und enthemmende Ideologie hinter den Angriffen auf Minderjährige.



Rechtsmotivierte Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern: 2003-2024

Allgemeine Einschätzung

Die enorme Zunahme rechter Gewalt ist das vorläufige Ergebnis, einer absehbaren Entwicklung. Der bisherige Höchststand mit 149 rechten Angriffen im Jahr 2016 wurde jenseits der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen kaum adressiert. Extrem rechte Narrative wurden viel mehr kontinuierlich normalisiert.

Das Framing von Migration als Problem und deren Bekämpfung als vermeintliche Lösung aller Probleme, die die Multiple Krise in der Gesellschaft hinterlässt, ermächtigen rassistische Täter:innen, Gewalt auszuüben.

Eine heteronormative Phalanx, die weit über extrem Rechte Strukturen hinausreicht führt zudem einen Kulturkampf der mit „queerfeindlich“ längst nicht mehr hinreichend beschrieben ist, sondern sich gegen jegliche Form der Gleichstellung richtet.

So hat sich mittlerweile das Täter:innenspektrum massiv erweitert und diversifiziert. Wahlerfolge der extrem rechten AfD und die Übernahme ihres Populismus - auch durch Teile des vorgeblich konservativen Spektrums - haben für eine enorme Zuspitzung der politischen Debatte gesorgt. Wie bereits in unserem Halbjahresbericht erwähnt, belegen Studien (<https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2212757120>; <https://pollytix.de/sichtweisen-afd-waehler/>) eindeutig die Akzeptanz oder gar Befürwortung unter AfD-Anhänger:innen von Gewalt als politisches Mittel.

Menschenverachtende Ansichten oder zumindest ihre Duldung, haben es in einen Mainstream geschafft, der keinen Schutz mehr für potenziell Betroffene anbietet. Die Täter:innen leiten daraus im Zweifel einen Auftrag ab, Gewalt auszuüben. Sie agieren mit enormer Selbstsicherheit und zunehmender Brutalität.

Die Betroffenen sehen sich einer Kombination aus Diffamierungen, politischen Schikanen und direkter Gewalt immer mehr ausgeliefert.

Nicht-weiß zu sein, nicht-deutsch zu sprechen ist in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend gefährlich. Die Gewalt zeigt, rechte Dominanzräume, die in Teilen des Landes teilweise schon seit Jahrzehnten existieren, werden derzeit massiv ausgeweitet. Wer Rechten widerspricht muss damit rechnen, angegriffen zu werden, auf Feindeslisten rechter Netzwerke zu landen oder läuft Gefahr, dass das politische Engagement mittels inkriminierender parlamentarischer Anfragen in Frage gestellt wird. Wer queer ist, oder sich für gendergerechte Sprache einsetzt muss mit Gewalt rechnen oder wird zur Vorsicht gemahnt. Sie sehen sich alle vor die gleichen Fragen gestellt: Engagement oder Selbstzensur, Risiko oder Rückzug, gehen oder bleiben.

In den Reaktionen fehlt immer häufiger das klare Benennen der Gewalt und ihrer Hintergründe. Breiteres öffentliches Interesse und konsequente Ächtung werden so erschwert.

Delikte

Bei 35 Angriffen handelte es sich um gefährliche Körperverletzungen (2023: 28). Das sind Attacken, die von Täter:innen gemeinschaftlich oder mit einem gefährlichen Gegenstand begangen werden. Hinzu kommen 61 einfache Körperverletzungen (2023: 52). Zwei Angriffe wertet die LOBBI als schwere Körperverletzung bzw. versuchte Tötung. Dabei handelt es sich um einen Messerangriff in einer Bar im Mai in Stralsund sowie einen rassistischen Angriff mit Schwefelsäure auf einen 34-Jährigen in dessen Wohnung - ebenfalls in Stralsund. In beiden Fällen steht im Raum, dass die Angreifer den Tod ihres Opfers billigend in Kauf genommen haben. Ein weiterer Angriff, der nur durch Glück nicht tödlich endete war eine rassistische Messerattacke auf einen Mann im Juni in Schwerin. Der Angreifer hatte zuvor per Chat angekündigt, zielgerichtet Personen töten zu wollen, die er für nicht-deutsch hält.

Auch Anteilig angestiegen ist die Anzahl an Bedrohungen und Nötigungen (34; 2023: 27). Die LOBBI erfasst diese, wenn der Straftatbestand nach §240 bzw. §241 StGB erfüllt ist, oder die Betroffenen mit massiven Folgen konfrontiert sind.

12 Mal kam es zu zielgerichteten Sachbeschädigungen. Diese werden als Angriff erfasst, wenn sie entweder ein massives Ausmaß der Zerstörung zur Folge haben, oder wenn wiederholt Sachbeschädigungen stattfinden, die die Betroffenen wegen der Vehemenz mit erheblichen Folgen zurücklassen.

So war der Verein „queerNB“ in Neubrandenburg immer wieder Ziel von Schmierereien und Aufkleberaktionen an den Vereinsräumen. Anfang Dezember kam es dann zu gezielten Steinwürfen in die Scheiben des Vereinshauses und im gleichen Zusammenhang zu Beschädigungen am „Grünen Laden“ und dem Büro der „BUND-Jugend“, die sich beide solidarisch mit der queeren Community gezeigt hatten. Die Betroffenen benannten die Wirkung der sich kontinuierlich steigenden Feindseligkeiten deutlich: erst sind es Beleidigungen und Bedrängnis, dann folgen Angriffe in den Nahraum, Drohbotschaften oder das Entwenden von Flaggen, dann fliegen Steine in die Fenster. Die Einschüchterungen wirken.

Zwei der drei erfassten Brandstiftungen richteten sich gegen eine queere Bar in Rostock, die bei dem zweiten Brandanschlag vollständig zerstört wurde.

Außerdem registrierte die LOBBI drei „Sonstige Gewalttaten“. Dabei handelt es sich in um Raubstraftaten, denen eine Anwendung von Gewalt zu Grunde liegt, die jedoch durch das zusätzliche Entwenden fremden Eigentums juristisch andere Würdigung finden und deshalb extra aufgeführt werden.

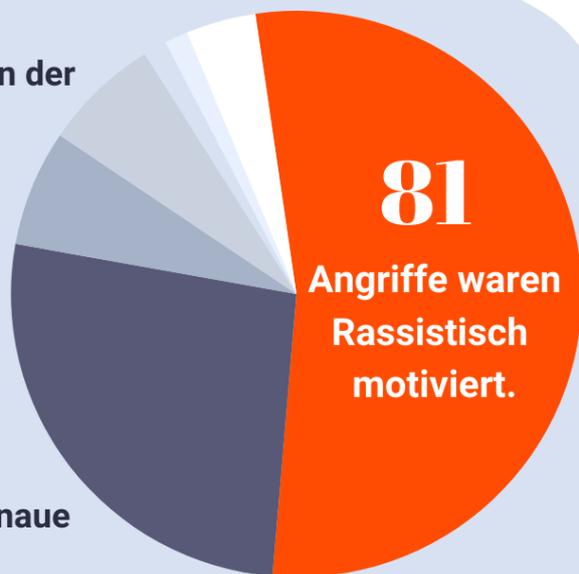
- Mehrheitlich handelte es sich um einfache Körperverletzungen (61 gezählte Fälle).
- 35 Attacken waren sogenannte gefährliche Körperverletzungen. Dabei handelt es sich um Angriffe durch mehrere Personen oder unter Einsatz gefährlicher Gegenstände.
- Bei zwei Angriffen handelte es sich um eine versuchte Tötung bzw. schwere Körperverletzung
- Die LOBBI zählte 34 Bedrohungen oder Nötigungen. Darunter fallen Taten gemäß §240 / §241 Strafgesetzbuch, aber auch Anfeindungen bedrohlicher Natur, die für die Betroffenen erhebliche Folgen haben.
- Sachbeschädigungen registriert die LOBBI, wenn sie massiven Schaden verursachen oder sich mit großer Vehemenz wiederholen. In 2023 waren dies 12 Fälle.
- 3 Mal kam es zu Brandstiftungen
- Darüber hinaus gab es 3 Sonstige Gewalttaten (dazu zählen z.B. Raub oder Landfriedensbruch)



Tatmotive

Rassismus ist mit 81 Angriffen, wie auch in den Vorjahren, das häufigste Tatmotiv rechter Gewalttäter:innen in Mecklenburg-Vorpommern (2023: 68).

- 40 Angriffe richteten sich gegen (vermeintliche) politische Gegner:innen der Rechten
- 10 Angriffe richteten sich gegen Menschen, die wegen ihrer (angenommenen) Zugehörigkeit zu einer nicht-rechten oder alternativen Subkultur attackiert werden.
- 10 mal waren queere Menschen oder Einrichtungen Angriffsziele
- Hinzu kommen 2 antisemitische und 2 sozialdarwinistische Angriffe
- bei 5 Angriffen blieb der LOBBI das genaue Motiv unbekannt



Mehr als verdoppelt hat sich die Anzahl von Attacken auf politische Gegner:innen der Rechten. Mit 40 Angriffen liegt die Zahl deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre.

Im Zusammenhang damit stehen mitunter auch die Attacken bei LGBTQIA+-feindlichen Gewalttaten. Hier musste die LOBBI 10 Angriffe und somit einen absoluten Höchststand registrieren.

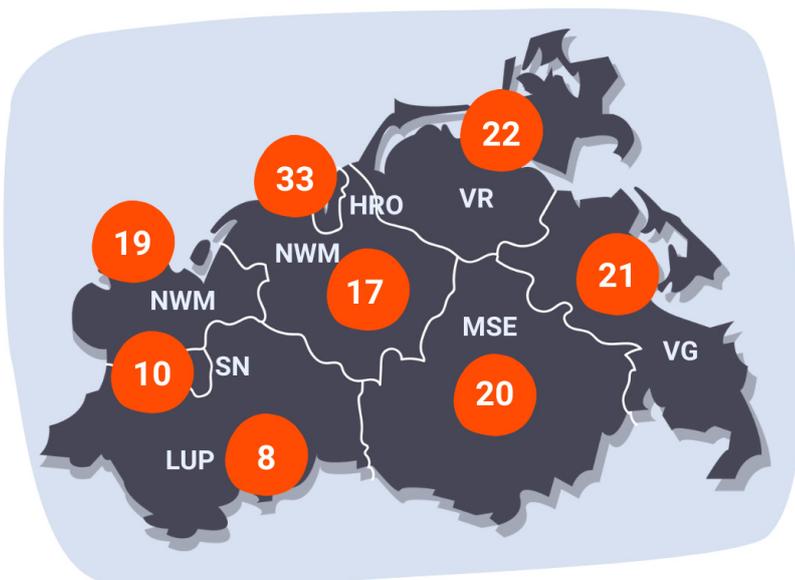
Es gab ebenfalls 10 Angriffe auf nichtrechte Personen, wie zum Beispiel in Parchim am 30. Juni 2024:

Auf einer öffentlichen Veranstaltung ruft ein Mann mehrfach neonazistische Parolen und wird daraufhin aufgefordert, die Veranstaltung zu verlassen. Als er dies verweigert, spricht ihn ein Anwesender erneut an und wird daraufhin angegriffen. Der angetrunkene Rechte tritt seinem Gegenüber gegen den Oberkörper. Als weitere Personen den Angreifer stoppen wollen, werden sie von ihm geschubst.

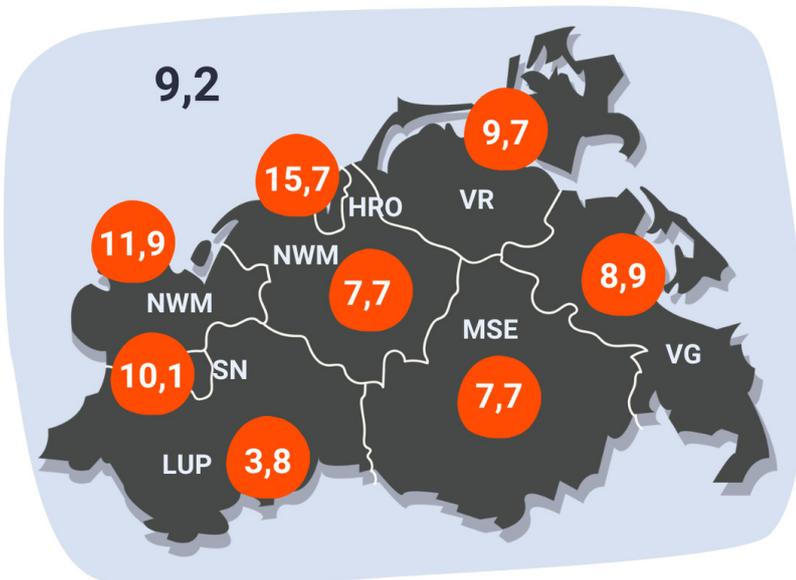
Bei 5 Angriffen ist der LOBBI das genaue Motiv aufgrund der Datenlage zum Angriff unbekannt geblieben, die Ermittlungsbehörden haben es jedoch als politisch rechts motiviert eingestuft.

Regionale Verteilung

Das Niveau rechter Gewalt nimmt landesweit zu. Besonders auffällig sind die Verdopplung der Angriffszahlen in der Hansestadt Rostock auf 33 Angriffe (2023: 17) und gar eine Verdreifachung in Vorpommern-Rügen auf 22 rechte Gewalttaten (2023: 7). In der Landeshauptstadt Schwerin (10; 2023: 14) und Ludwigslust-Parchim (8; 2023: 11) waren die Angriffszahlen leicht rückläufig. Im Landkreis Rostock ist mit 17 Angriffen ebenfalls ein deutlicher Anstieg festzustellen. (2023: 11), in der Mecklenburgischen Seenplatte (20; 2023: 18) und Vorpommern-Greifswald (21; 2023: 18) stiegen die Zahlen leicht, aber weiter an.



Bezogen auf die Einwohner:innenzahl lassen sich auf Kreisebene regionale Schwerpunkte ausmachen.



Inzidenz - Angriffe / 100 000 EW:innen

Mit 17 von 22 Angriffen im Landkreis Vorpommern-Rügen allein in Stralsund oder 10 von 17 Angriffen im Landkreis Rostock in Güstrow, fallen einige Orte statistisch besonders auf und verlangen weitere Analysen. Sowohl die Hanse- als auch die Barlachstadt waren in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder besondere Brennpunkte rechter Gewalt. Insgesamt lässt sich eine deutliche Gewichtung zu urbaneren Räumen beobachten. Neben den Besonderheiten, die deren Sozialräume mit sich bringen (siehe auch im folgenden Abschnitt), ist auch davon auszugehen, dass rechte Gewalt auf dem Land auch häufig gar nicht erst bekannt wird.

Rostock als Angriffsschwerpunkt

Die Hansestadt Rostock ist in Mecklenburg-Vorpommern eine Besonderheit. Als urbaner Raum bietet sie per se spezifische Bedingungen, die Gewalt begünstigen.

In Städten gibt es eine größere Vielfalt an Menschen (Migrant:innen, alternative Jugendliche, politische Gegner:innen), die in das Feindbild von Rechten passen.



Die Wahrscheinlichkeit, das rechte Täter:innen auf potenzielle Betroffene treffen ist hier umso größer als in kleineren Orten mit homogeneren Bevölkerungsstrukturen. Es entstehen zudem regelmäßiger gefährliche Konfrontationen – sei es im öffentlichen Raum, in Verkehrsmitteln oder bei Großveranstaltungen.

1. Juni 2024 - Eine Gruppe Männer brüllt nach dem Eröffnungsspiel der Fußball Europameisterschaft beim Public Viewing rechte Parolen und droht einem Zeugen, der sie darauf anspricht, Schläge an.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist auch ein typisches Beispiel für solche Tatorte. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlichster Hintergründe auf engem Raum. Acht Mal kam es in Rostock zu Angriffen auf einem Bahnhof oder an einer Haltestelle.

1. Juli 2024 - Ein Zeuge bemerkt, dass ein junger Mann in der Straßenbahn durch einen Mann provoziert und belästigt wird. Der Mann äußert und zeigt Hitler-Grüße, fordert den Betroffenen zu einer Schlägerei auf, bedrängt ihn körperlich und schlägt ihm schließlich ins Gesicht.

Auch gesellschaftliche Ereignisse wie Wahlen machen Städte zu Schauplätzen politisch motivierter Gewalt. Im Zusammenhang mit dem Kommunal- und Europawahlkampf kam es in der Hansestadt zu mehreren Angriffen auf Vertreter:innen oder Helfer:innen demokratischer Parteien.

1. April 2024 - Beim Aufhängen von Wahlplakaten werden zwei Personen von einem Mann mit einem Messer bedroht.

1. Mai 2024 - Eine Gruppe von Männern reißt Wahlplakate ab. Als sie von der zufällig vorbeilaufenden Kandidatin konfrontiert werden, beleidigen sie diese rassistisch und bedrohen sie.

Darüber hinaus berichteten viele parteipolitisch engagierte Personen von einer neuen Massivität der Sachbeschädigungen an Wahlplakaten.

Mit Bezug auf die Täter:innenszene ist Rostock traditionell ein Schwerpunkt organisierter und gewaltbereiter Neonazistrukturen. Diese Kontinuität ist bis heute prägend, auch und besonders für jüngere Neonazis. Städte bieten mehr Gelegenheiten für Jugendliche, sich zu organisieren und Gleichgesinnte zu finden. Die Stadt Rostock spielt hierbei für das Umland, wenn nicht für gesamt Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Rolle.

1. Mai 2024 - Ein wohnungsloser Mann wird aus einer Gruppe von bis zu 30 Jugendlichen über eine Straße getrieben und dabei immer wieder geschlagen und getreten. Erst das Eingreifen einer Passantin beendet die Tortur.

Hinzu kommen Teile der Fanszene des FC Hansa Rostock, die immer wieder mit rechtsoffenen bis offen rechtsradikalen Bezügen auffallen. Auch im Kontext dieser Szene organisiert sich ein teils sehr junges gewaltaffines Milieu, das verstärkt auch in der eigenen Region die Gewalt erprobt und die Auseinandersetzung mit dem vermeintlichen politischen Gegner sucht. Dabei

nützt ihnen der Schutz des subkulturelles Milieus ebenso wie die Anonymität der Stadt und der Gruppe.

Betroffene

Mindestens 211 Menschen waren 2024 in Mecklenburg-Vorpommern von rechten Angriffen betroffen. Davon waren 194 unmittelbar Angegriffene. 17 Personen sind Mit-Angegriffene (damit sind unmittelbar beteiligte Zeug:innen der Tat gemeint, die ebenfalls von den Angriffen betroffen waren, aber nicht im rechtlichen Sinne geschädigt wurden). Die Mehrheit der Betroffenen ist männlich (128), bei 26 Personen hat die LOBBI keine ausreichenden Angaben zum Geschlecht der Betroffenen. Menschen, die sich als non-binär, trans* oder divers identifizieren, waren sowohl als politische Gegner:innen Ziel von Angriffen als auch wegen queerfeindlicher Überzeugungen der Täter:innen.

Die LOBBI erfasst auch antifeministische Angriffe - also Attacken auf Menschen, die sich gegen Sexismus, für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von FLINTA*-Personen richten. Sie sind ein ausdrückliches Feindbild der rechten Szene, die Angriffe sind jedoch häufig mit anderen Motiven oder an das politische Engagement der Betroffenen insgesamt gekoppelt. Hier ist ein größeres Dunkelfeld anzunehmen und der Bedarf, die Mehrdimensionalität rechter Gewalt zu erfassen, ist groß.

130 der Angegriffenen waren Erwachsene, doch ein abermals gestiegener Anteil der Betroffenen war Minderjährig (68); 25 Betroffene waren Kinder. Sie waren fast ausschließlich Ziel rassistischer Attacken (24). Dies verdeutlicht die besondere Enthemmung, die Rassismus bei rechten Täter:innen auslöst.

Dabei handelte es sich auch um Angriffe, bei denen die Täter ganze Familien attackierten.

14. Juni 2024, Grevesmühlen - Zwei Mädchen werden auf dem Nachhauseweg aus einer größeren Gruppe Jugendlicher rassistisch beleidigt. Dann tritt einer aus der Gruppe gegen den Roller des jüngeren Mädchen und trifft sie dabei mit dem Schuh im Gesicht. Als die Eltern versuchen, die Jugendlichen zur Rede zu stellen und verlangen mit deren Eltern zu sprechen, kommt es zu einem Handgemenge, bei dem der Vater der Mädchen einen gebrochenen Finger davon trägt. Die Videoaufnahmen, auf denen auch immer wieder rassistische Beleidigungen zu hören sind, sorgen für bundesweite Erschütterung.



Anteil der betroffenen Kinder (in Prozent)

Angreifer:innen waren mitunter auch Erwachsene, doch vorwiegend kam es zu Angriffen durch Kinder- und Jugendliche auf Gleichaltrige oder Jüngere.

*FLINTA - Frauen Lesben Inter non-binär, trans, agender - nicht cis-männliche Personen

4 Juni 2024, Stralsund - Zwei Jugendliche schlagen gemeinsam auf den 13-jährigen Betroffenen ein, treten ihm mehrfach gegen Körper und Kopf. Dabei beleidigen sie ihn rassistisch.

Bildungseinrichtungen waren in 10 Fällen Ort der Angriffe. Insgesamt schildern Betroffene und Kooperationspartner:innen, dass sich die Situation an Schulen immer mehr zuspitzt, wie beispielsweise, dass sich teilweise ganze Klassenverbände als rechtsextrem bezeichneten.

Schulsozialarbeit und Lehrkräfte brauchen klare Spielräume und Rückendeckung, um dieser Lage angemessen begegnen zu können.

Rassismus als „Normalzustand“

Rassismus bleibt das häufigste Tatmotiv rechter Gewalt. Mit dem generellen Anstieg rechter Gewalt ist auch die Zahl rassistischer Angriffe in absoluten Zahlen deutlich gestiegen.

Während sich das Angriffsgeschehen insgesamt verschoben hat – etwa durch eine verstärkte Fokussierung rechter Kampagnen gegen queere Menschen, Veranstaltungen und politische Gegner:innen –, darf dies nicht über die anhaltende und tiefgreifende Dimension rassistischer Gewalt hinwegtäuschen. Die Taten selbst sind allein in ihrer Schwere und Brutalität herauszustellen. 64 der 81 Angriffe waren Körperverletzungen, 24 davon gefährliche. Hinzu kommen zwei schwere Körperverletzungen / versuchte Tötungen.



Rassistische Angriffe (absolut)

12. September, Stralsund - Ein Mann wird nachts von einem deutschen Nachbarn unvermittelt in seiner eigenen Wohnung überfallen und mit Säure übergossen. Als der Betroffene schwer verletzt ins Freie flüchtet und um Hilfe ruft, wird er vom Täter noch verfolgt. Er erhält Unterstützung von einem Passanten und kommt schwer verletzt ins Krankenhaus.

Zudem sind die Betroffenen ohnehin in besonderem Maße von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen. Besonders Migrant:innen haben häufig mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus, geringem Einkommen und fehlender Wahlfreiheit beim Wohnort zu kämpfen, was insbesondere bei Angriffen im direkten Wohnumfeld extreme Isolation und Hilflosigkeit zur Folge hat.

18. Juli 2024, Wismar - Ein Familienvater aus Syrien wird von einem Nachbarn angegriffen und rassistisch beleidigt, nach dem er diesen gebeten hatte, seinen Hund nicht frei im Hausflur laufen zu lassen. Im Beisein seiner kleinen Tochter wird er geschubst, geht zu Boden und erhält dann Schläge gegen Kopf und Oberkörper.

Auch als Resultat all dessen fehlt häufig eine Anbindung an Unterstützungsnetzwerke - sofern diese überhaupt existieren. Auch in Bezug auf medizinische Versorgung - sowohl in der Nachversorgung von körperlichen Folgeschäden, aber auch und ganz besonders im Bereich psychotherapeutischer Versorgung - sind Migrant:innen, insbesondere Geflüchtete, extrem benachteiligt.

Die politische Diskursverschiebung nach rechts, lässt sich vor allem im Zusammenhang mit Migration beobachten. Akteur:innen der sogenannten gesellschaftlichen Mitte, die die Verweigerung der Aufnahme von Schutzsuchenden oder eine Verschärfung des Asylrechts als Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen präsentieren, werten nicht nur offen rassistische Argumentationen der extremen Rechten auf, sondern ermutigen oder bestärken potenzielle Täter:innen.

So trifft rassistische Gewalt Betroffene nicht nur durch den physischen Angriff, sondern auch durch das Ausbleiben öffentlicher Solidarität. Die Relativierung oder das Nicht-Thematisieren solcher Angriffe macht Täter:innen mutiger und Betroffene umso verletzlicher. Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es klare Verurteilungen, verstärkte Unterstützung für die Betroffenen und eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung gegen rassistische Gewalt.

Die Normalisierung rassistischer Argumentationen darf nicht widerspruchslos hingenommen werden. Jeder Angriff – ob durch physische Gewalt auf der Straße oder durch gesetzliche Verschärfungen – trägt die gleiche Botschaft in sich: Ihr seid hier nicht erwünscht. Jede Duldung ist ein weiterer Schritt in Richtung einer Gesellschaft, in der Menschen aus Angst vor Anfeindungen verstummen oder sich zurückziehen. Solidarität ist der einzige Weg, diesem Klima der Einschüchterung etwas entgegenzusetzen.

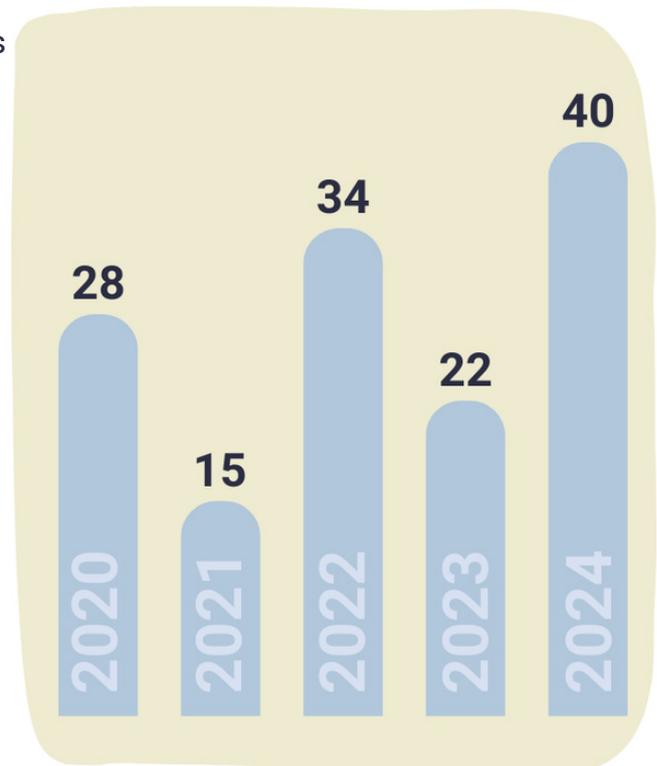
Denn diese Botschaft der Vertreibung wirkt. Migrantische Communities und deutsche People of Colour berichten von wachsender Unsicherheit und zunehmender gesellschaftlicher Ausgrenzung. Rassistischen Gewalttaten geht eine Vielzahl an alltäglichen Anfeindungen voraus. Beleidigungen, subtile Diskriminierungen und strukturelle Ausschlüsse, prägen das Leben vieler nicht-weißer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Laut dem aktuellen NaDiRa-Monitoringbericht (<https://www.rassismusmonitor.de>) erleben viele Menschen rassistische Diskriminierung in zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung oder im Kontakt mit Behörden als alltäglich. Die Folgen sind tiefgehende Verunsicherung, psychische Belastung und ein massiver Vertrauensverlust in staatliche Institutionen.

Politische Gegner:innen vermehrt im Fokus

Das Jahr 2024 begann mit einer starken Reaktion der Zivilgesellschaft auf die Berichte über das sogenannte „Potsdamer Treffen“ im November 2023. Dort trafen sich rechtskonservative und extrem rechte Teilnehmer:innen zum Austausch über millionenfache Massenabschiebungen unter dem rechten Kampfbegriff „Remigration“. Auch in Mecklenburg-Vorpommern mobilisierten breite Bündnisse viele Tausend Menschen dagegen auf die Straßen. Das Mobilisierungspotenzial insbesondere in kleineren Orten hatte für viele Engagierte einen empowernden Effekt.

Im Januar und Februar prägten diese Veranstaltungen die politische Debatte maßgeblich. Doch spätestens mit Blick auf den beginnenden Kommunal- und Europawahlkampf zeigte sich, dass die organisierte rechte Szene die Herausforderung der durch sie proklamierten Dominanzräume nicht hinnehmen würde.



Angriffe auf pol. Gegner:innen (absolut)

Die LOBBI registrierte im vergangenen Jahr 40 Angriffe gegen Menschen, die von rechten Gewalttätern als politische Gegner:innen wahrgenommen werden. Dazu gehören politische Verantwortungsträger:innen, Angehörige demokratischer Parteien, aber vor allem Menschen, die sich ehrenamtlich aktiv für Menschenrechte und eine offene Gesellschaft engagieren. Das Spektrum reicht von Einschüchterungsversuchen über gezielte Bedrohungen und Sachbeschädigungen an Büros und Treffpunkten, bis hin zu direkter körperlicher Gewalt. Dabei verfolgen rechte Täter:innen eine klare Strategie: Sie wollen den öffentlichen Raum kontrollieren, kritische Stimmen zum Schweigen bringen und die demokratische Zivilgesellschaft schwächen.

1. April 2024, Torgelow - Ein Mann wird mittels eines Graffitis in seinem Herkunftsort bedroht und beleidigt. Die Täter nehmen im Graffiti Bezug auf das politische Engagement des Betroffenen für eine linke Partei-Jugend. „Ausrotten“ ist darunter zu lesen.

Viele andere Attacken sind statistisch kaum zu erfassen, weil sie sich beispielsweise nicht klar zuzuordnen lassen oder unterhalb der Gewaltschwelle oder der Strafbarkeit bleiben. Für die Betroffenen sind sie jedoch ohne Einschränkung einschüchternd und folgenreich.

Orte des politischen Engagements sind keine sicheren Orte mehr. Menschen werden angegriffen, nur weil sie nationalsozialistischen oder rassistischen Parolen widersprechen, oder gar einfach nur, weil sie in den Augen der Täter:innen „nicht rechts“ aussehen.

26. Oktober 2024, Stralsund - Eine Frau wird während einer Zugfahrt durch eine Gruppe mitreisender Männer, die auf der Rückfahrt nach einem besuchten Fußballspiel sind, beleidigt und bedroht, weil sie als alternativ wahrgenommen wird. Die Gruppe brüllt menschenverachtende und gewaltverherrlichende Parolen durch den Zug und belästigt weitere Fahrgäste.

Die Konsequenzen sind weitreichend: aus Angst vor Diffamierungen oder Angriffen ziehen sich Menschen zurück. Das Klima der Unsicherheit wird stärker und trifft nicht nur Einzelpersonen, sondern schwächt demokratische Strukturen insgesamt und nachhaltig.

Viele der Betroffenen sahen sich außerdem zunehmend und anhaltend Diskreditierungsversuchen als extremistisch oder extremismusverdächtig ausgesetzt. Sie beschreiben einen massiven Druck vor Ort, aber vor allem auch, dass sie sich von Verantwortungsträger:innen in Bundes- und Landespolitik im Stich gelassen fühlen.

Die zugespitzte Debatte macht aus politischen Kontrahent:innen Feinde - gewaltbereite Rechte nehmen dies zum Anlass, anzugreifen.

Feindbild LGBTQIA+

Diese Erfahrungen machen seit mehreren Jahren auch queere Menschen im Land. Bereits 2023 berichtete die LOBBI von einer deutlich expliziteren Feindmarkierung von LGBTQIA+-Personen durch die rechte Szene.

Auch hier geht es um die Strategie rechter Dominanzräume und deren Behauptung. Nachdem queere Sichtbarkeit auch in Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat, viele Vereine und Gruppe im ganzen Land für Akzeptanz nicht-heteronormativer geworben haben, nachdem Pride-Veranstaltungen nicht nur in den Universitätsstädten erfolgreich durchgeführt werden und friedliche Signale für Vielfalt senden konnten, mussten sich Veranstalter:innen, Teilnehmer:innen und Allies mehr Gedanken um die Absicherung gegen rechte Angriffe machen.

14. September 2024, Wismar - Nachdem Rechte wochenlang gegen einen CSD Umzug in Wismar mobilisieren, reisen zahlreiche gegen rechts engagierte Menschen in die Stadt, um die Veranstaltung zu unterstützen und zu schützen. Als sie am Bahnhof auf jugendliche Neonazis treffen, werden sie von denen mit verschiedenen Gegenständen beworfen. Dabei wird zumindest eine Person getroffen.

Am Rande der CSD-Veranstaltungen kam es nicht nur zu versuchten Angriffen. Viele Attacken fließen nicht in die Angriffsstatistik ein, weil sie die Kriterien nicht erfüllen. In ihrem Effekt sind sie jedoch nicht weniger bedrohlich. Ob gestohlene Regenbogenfahnen von Treffpunkten oder Wohnhäusern, gezieltes Stickern queerfeindlicher Propaganda - all dies trägt mit zur Gesamtwirkung bei.

So wurde zum Beispiel im April 2024 am Rande des KTV-Festes in der Hansestand Rostock ein Infostand des CSD Rostock e.V. auf eine besonders widerliche Weise attackiert. Ein Mann bewarf die Auslage mit einem Beutel voll Katzenkot.

Die juristische oder statistische Würdigung ist hier das eine, die Wirkung auf die Betroffenen und ihr Umfeld hingegen ist schlicht bedrohlich.

Auch unsachliche politische Debatten und Anträge gegen gendergerechte Sprache waren landesweit zu beobachten. Kampagnen gegen queere Sichtbarkeit, wie die Hetzkampagne eines rechten Kommunalpolitikers gegen Neubrandenburgs Oberbürgermeister und das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Bahnhof der Viertorestadt, haben die Situation weiter angestachelt.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang Gruppen junger Neonazis, die sich nahezu landesweit neu organisieren. Oft angelehnt an das Erscheinungsbild subkulturell geprägter Neonazi-Skinhead-Cliquen der 1990er Jahre, organisieren und radikalieren sich die Gruppen mit Namen wie „Jung & Stark“, „Deutsche Jugend Voran“ mit einem enormen Tempo. Sie können als Ergebnis einer nicht ausreichenden Bekämpfung rechter Hegemonialansprüche in manchen Regionen gesehen werden, wo nun mittlerweile die zweite oder dritte Generation völkisch-rassistischer Familien heranwächst; aber sie sind auch das Resultat von Kampagnen beispielsweise der AfD und anderen extrem rechten Aktivisten, die in sozialen Medien gezielt Jugendliche ansprechen. Dies ist durch Bezüge in Ihren Aussagen und die sichtbaren Netzwerke auf Plattformen wie Instagram eindeutig zu belegen.

Die Selbstermächtigung dieser zumeist, aber nicht exklusiv männlichen Jugendgruppen, deutschlandweit CSD-Paraden zu belagern und queere Menschen zu bedrohen, kann kaum überschätzt werden. Neben dem allgegenwärtigen und internalisierten Rassismus, war Queerfeindlichkeit 2024 DER Kristallisationspunkt der Mobilisierung rechter Jugendlicher.

Die Radikalisierung äußert sich in einer Erweiterung der Feindbilder und zunehmender Dominanzgebaren. Die Herausforderung, die daraus entsteht, erfordert dringende Maßnahmen auf vielen Ebenen. Mit Blick auf die Situation an Schulen und die spürbare Überforderung der Strukturen und der darin handelnden Personen, sind dringend Konzepte gefragt. Schul- und Straßensozialarbeit brauchen Mittel und Strategien, diesem Phänomen zu begegnen. Der Umgang mit dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts und gewalttätigen Nicht-Strafmündigen ist eine Herausforderung, der nicht nur Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden allein sich stellen müssen.

Beratung

Die LOBBI berät seit 2001 in Mecklenburg-Vorpommern Menschen nach rassistischen, antisemitischen, queerfeindlichen und anderen rechten Angriffen. Drei Regionalteams sind von Büros in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern aus landesweit tätig.

2024 haben 299 Menschen die Unterstützung der LOBBI in Anspruch genommen. Die Beratungsgespräche waren vielfältig. 99 Mal beriet die LOBBI nach einem Angriff. Darüber hinaus suchten Menschen Unterstützung nach diskriminierenden Erfahrungen, Beleidigungen oder hatten beispielsweise Fragen zu juristischen Sachverhalten. Die LOBBI versucht, je nach den Bedürfnissen der Betroffenen, sie an geeignete Stellen wie Rechtsanwält:innen oder beispielsweise Antidiskriminierungsberatung weiterzuvermitteln.

47 Beratungen bezogen sich auf Ereignisse vor 2024. Beratungsprozesse dauern nicht selten mehrere Jahre, allein weil zwischen Angriff und Gerichtsprozess enorm viel Zeit vergehen kann und die Betroffenen immer wieder mit neuen Anfeindungen konfrontiert werden, was sie zusätzlich belastet.

Die Mehrheit fand den Weg direkt oder über Kooperationspartner:innen zur LOBBI. Vergleicht man das Angriffsgeschehen mit den Betroffenengruppen in der Beratung, werden bereits beschriebene Zugangsdefizite für von Rassismus Betroffene deutlich. Sie machten mit 87 Personen zwar die größte Gruppe der Ratsuchenden aus, proportional erreichten jedoch politische Gegner:innen eher die Beratungsstelle (77). Ein konsequentes Erkennen von rassistisch motivierten Taten und eine zuverlässige Weitergabe des spezialisierten Beratungsangebotes durch die Ermittlungsbehörden ist in diesem Kontext noch eine große Baustelle.

Viele Betroffene berichten über die konkreten Angriffe hinaus von einer enormen Verunsicherung. Der Rechtsruck macht sich bereits auf vielen Ebenen bemerkbar - von unzureichender Verurteilung der Gewalt bis hin zu offener Täter-Opfer-Umkehr, bemerken sie eine Abnahme der Solidarität in der Mehrheitsgesellschaft.

Anfragen zu Sicherheitskonzepten nehmen massiv zu, die Überlegung das Bundesland zu verlassen begegnet den Berater:innen immer häufiger. Das enorm hohe Beratungsaufkommen (235 Beratungsfälle: 2023: 200: 2022: 142) und die Dynamik der politischen Entwicklungen erschwert es der LOBBI zunehmend, den proaktiven Beratungsansatz flächendeckend aufrecht zu erhalten und präventiv tätig zu sein, oder aufwendige lokale Interventionen durchzuführen.

Ausblick

Die Zahlen und Entwicklungen der vergangenen Jahre lassen kaum Zweifel: die Zunahme rechter Gewalt auf dieses neue Ausmaß ist der Ausdruck eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Die extrem rechte Szene hat ihre Strategie längst umgesetzt – der „Kampf um die Straße, Kampf um die Parlamente, Kampf die Köpfe“, wie er von der mittlerweile nahezu aufgegebenen und somit bedeutungslosen NPD/Heimat proklamiert wurde, wird nun von einer viel breiter aufgestellten und mächtigeren rechten Bewegung umgesetzt. Das spüren vor allem die Menschen, die in deren Feindbilder passen, bereits deutlich: Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe sind für viele zur täglichen Gefahr geworden.

Mit den hohen Zustimmungswerten für die AfD in Mecklenburg-Vorpommern wächst nicht nur das Ermächtigungsgefühl rechter Täter:innen, sondern auch die reale Bedrohung für politisch Engagierte, Migrant:innen und andere Betroffene. Die Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse hin zu extrem rechten Akteur:innen bedeutet, dass rechte Narrative nunmehr fast flächendeckend auch aus Parlamenten heraus verbreitet werden.

Die Debatte hat sich weit von pluralistischen Zusammenhalt entfernt – völkische und autoritäre Vorstellungen dominieren zunehmend den Diskurs. Wer überhaupt noch widerspricht, riskiert Einschüchterung oder Gewalt. In sozialen Medien wird dieser Druck durch koordinierte Kampagnen verstärkt, während demokratische Akteur:innen immer häufiger bereits Selbstzensur üben: Dürfen wir uns noch solidarisch mit Angegriffenen zeigen? Können wir die geistigen Brandstifter noch offen benennen? Mit welchen Folgen müssen wir rechnen?

Diese gesellschaftliche Entwicklung erfordert eine entschlossene Reaktion. Der rechte Mob hat eine parlamentarische Repräsentanz, die ihm Legitimation und Einfluss verschafft. Die Politik muss klare Grenzen setzen, und nicht nur rechte Gewalt konsequent verfolgen, sondern auch Zivilgesellschaft und Beratungsstellen stärken und vor allem die Betroffenen schützen.

Gleichzeitig braucht es gezielte Maßnahmen, um Jugendliche vor der Instrumentalisierung durch die rechte Szene zu bewahren. Ohne eine Stärkung sozialer Arbeit und alternativer Freizeitangebote wird dies nicht gelingen.

Das fehlende Bewusstsein für diese bedrohliche Lage ist fatal. Die Eskalation rechter Gewalt ist keine abstrakte Gefahr, sondern bereits Realität. Die meisten Betroffenen befinden sich längst nicht mehr in der Prävention, sondern in der konkreten persönlichen Gefahrenabwehr. Die Angriffszahlen sind der Ausdruck einer rechten Hegemonie, die auf allen Ebenen wirkt: auf dem Schulhof, in Kommunalparlamenten, auf der Straße. Ohne entschlossenes Handeln droht die vollständige Normalisierung dieser Zustände – und damit ein fundamentaler Angriff auf Menschenrechte.

Zivilcourage darf nicht nur als Einzelaktion begriffen werden. Wenn auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nur alle zugucken, wie es andere trifft und niemand eingreift, hat dies kollektive Effekte. Die Angst, die durch Diskursverschiebung und emanzipatorische Rückschritte entsteht, muss thematisiert werden. Haltung, Handlungssicherheit und auch Prävention müssen an die Stelle von paralysiertem Zuschauen treten.